

1 **Beschluss Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern**

2 Die IG Metall Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung
3 unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem
4 Motto „Nie wieder Krieg!“

5 Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das
6 Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.

7 Unsere Haltung bleibt klar: Die IG Metall Jugend lehnt eine Wiedereinführung der
8 Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge
9 Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur
10 Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrerfassung lehnen wir
11 ebenfalls ab. Es besteht die reale Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung
12 struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert
13 bestehendes Fachpersonal, übt Lohndruck durchwachsende Konkurrenz aus. Diese dürfen
14 nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden.

15 Die IG Metall Jugend positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an
16 Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von
17 Jugendoffizier*innen und allgemein jeden Werbeversuche für die Bundeswehr an Schulen
18 strikt ab.

19 Junge Menschen, die dennoch freiwillig als Soldat*in in der Bundeswehr dienen möchten,
20 müssen persönlich davon profitieren. Ihre berufliche Ausbildung muss während der
21 Dienstzeit fortgesetzt oder gestärkt werden, bspw. durch die Weiterführung von begonnen
22 Ausbildung oder durch Weiterqualifizierung. Die persönliche Entwicklung als kritische*r
23 Bürger*in in der Demokratie muss in den Fokus genommen werden. Die Bundeswehr soll ein
24 demokratischer Ort frei von Diskriminierung sein. Soziale und politische Bildung müssen
25 elementarer Teil des Dienstes sein.

26 Junge Menschen, die noch kein gefestigtes Werteverständnis haben, können zu einem
27 erheblichen Risiko für eine demokratische Gesellschaft werden, wenn sie zusätzlich eine
28 prägende Zeit in autoritären Strukturen verbringen.

29 Auch ein freiwilliger Wehrdienst belastet insbesondere junge Menschen aus Haushalten mit
30 geringem Einkommen. Für sie scheint der Dienst eine attraktive Alternative zu einer
31 Ausbildung zu sein, die sie sich finanziell nicht leisten können. Doch ohne abgeschlossene
32 Berufsausbildung steigt das Risiko, später in prekäre Beschäftigung zu geraten. So verstärkt
33 selbst ein freiwilliger Dienst soziale Ungleichheit.

34 **Zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz**

35 Obwohl junge Menschen Wehr- und Pflichtdienste ablehnen, hat die Bundesregierung ein
36 konkretes Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, um Wehrdienste vorzubereiten und
37 schnell umsetzen zu können. Junge Menschen mussten schon in der Corona Pandemie für die
38 Gesellschaft zurücktreten. Nun sollen junge Männer ein weiteres mal für die Gesellschaft
39 verpflichtet, ohne in den vergangenen Jahren von politischen Entscheidungen profitiert zu

haben, berücksichtigt zu werden oder mitbestimmen zu können. Dies verstärkt weitere Tendenzen die wir insbesondere bei Männern in den vergangenen Jahren wahrnehmen.

Anlässlich des vorgelegten „Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes“ stellt die IG Metall-Jugend darüber hinaus klar:

- Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, mit Beschluss der Bundesregierung und Zustimmung des Bundestags die Wehrpflicht wieder in Kraft zu setzen. Die Möglichkeit für solch einen weitreichenden Eingriff in die Grundrechte junger Männer darf es nicht geben! Besonders kritisch ist, dass dies ohne die Beratungs- und Anhörungsrechte durchgeführt werden kann, die bei einem ordentlichen Gesetzgebungsprozess vorgesehen sind.
- Auch vorbereitende Maßnahmen bereiten am Ende nur eine Wehrpflicht vor. Verpflichtende Fragebögen, Musterungen und jede Form der Wehrerfassung lehnen wir ab.

Begründung

Vor dem Hintergrund aktueller sicherheitspolitischer Bedrohungsszenarien wird ein massiver Aufwuchs der Bundeswehr von vielen Seiten gefordert. In der aktuellen zeichnet sich heraus, dass eine abgestufte Wehrpflicht nach dem „Schwedischen Modell“ eingeführt werden soll. Dies umfasst eine Erfassung aller Wehrpflichtigen. In Friedenszeiten wird dabei auf Freiwilligkeit beim tatsächlichen Wehrdienst gesetzt, insofern die Zahl der Freiwilligen ausreicht, um die Zielvorgaben zu erreichen. Sollten die Zielvorgaben nicht erreicht werden oder ein Spannungs- oder Verteidigungsfall eintreten, ist eine Wehrpflicht möglich und höchst wahrscheinlich. Die geplanten Maßnahmen würden etwa 300.000 junge Männer pro Jahrgang betreffen.

Vor diesem Hintergrund bietet das kürzlich novellierte Arbeitssicherstellungsgesetz dem Staat im Verteidigungsfall bereits jetzt die Möglichkeit, umfassend in Arbeitsverhältnisse einzugreifen. Das Recht zur Kündigung durch Arbeitnehmende als grundlegendes Merkmal des Arbeitsverhältnisses kann auf die Grundlage außer Kraft gesetzt werden. Durch die Möglichkeit Verpflichtung in Arbeitsverhältnisse wird das konstituierende Merkmal der Vertragsfreiheit ebenfalls außer Kraft gesetzt. Pflichtdienste sind demnach bereits jetzt im Verteidigungsfall möglich.

Pflichtdienste jeglicher Art sind ein Eingriff in die persönliche Freiheit und Lebensgestaltung, auch wenn sie dem Erhalt gesellschaftlicher Freiheit dienen sollen. Sie müssen als letztes Mittel des Staates zur Aufrechterhaltung unserer Freiheitsrechte begriffen werden. Die (Wieder-)Einführung der Wehrpflicht hat das Ziel, diese Ordnung zu erhalten. Sie dürfen nicht als Normalzustand einer freien Gesellschaft begriffen werden. Eine angenommene, abstrakte Bedrohungslage rechtfertigt nicht, in die persönliche Lebensgestaltung von Millionen junger Menschen einzugreifen.

Die IG Metall-Jugend verfolgt in ihrem politischen Wirken das Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu fördern. Daher ist es geboten, die zu erwartenden Pflichtdienst konstruktiv zu begleiten und auf eine Ausgestaltung im Sinne junger Menschen zu drängen.